

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 155
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 3. Juni 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 3. Juni 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17 Uhr.

Der Bürgermeister stellt zunächst fest zu welchen Punkten der Tagesordnung Wortmeldungen vorliegen und erklärt die übrigen Anträge als genehmigt.

Unter den Anträgen, die ohne Debatte angenommen werden, befindet sich der Antrag auf eine Subvention zu den Erhaltungskosten des Kinderschutzhauses in Schwarzau auf einen Ehrenpreis von 500 Schilling für die Kunstgemeinschaft, betreffend die Ausführung einer Wohnhausanlage III., Obere Bahngasse, betreffend die Fortsetzung der Aktion "Heimbauhilfe", ferner Grundankäufe und die Aenderung bzw. Ergänzung von Flächenwidmungsplänen.

Als der Bürgermeister erklärt, dass nunmehr in die Beratung des 1. Punktes der Tagesordnung eingegangen werde, überreicht ihm der nationalsozialistische Gemeinderat Mühlberger eine Reihe von Anträgen.

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass Anträge rechtzeitig das ist vor Beginn der Sitzung überreicht werden müssen, und ersucht in der Zukunft sich daran zu halten. Er wolle heute eine Ausnahme machen und die Anträge auch jetzt entgegennehmen.

Der Bürgermeister gibt sodann bekannt, dass sich unter den Anträgen der nat. soz. Gemeinderäte auch ein Antrag befindet, der offenbar die Wortmeldungen zur heutigen Tagesordnung betrifft. Diese Wortmeldungen können nur entgegengenommen werden, insoweit sie sich auf Punkte beziehen, welche noch nicht als angenommen erklärt worden sind.

Der Bürgermeister erklärt schliesslich, dass er über die Notwendigkeit der dringlichen Behandlung der ihm überreichten dringlichen Anträge der nationalsozialistischen Gemeinderäte am Schluss der Sitzung abstimmen lassen werde.

St. R. Speiser (soz. dem.) berichtet sodann über die Aenderung der Bestimmungen des Arbeitsvertrages für die Arbeiter des städtischen Kanalräumungsbetriebes über die Zulagen.

GR. Stöger (chr. soz.) bemerkt, dieser Antrag illustrierte deutlich die Notwendigkeit der von den Christlichsozialen in der letzten Sitzung gestellten Antrages auf Beseitigung der Institution der amtsführenden Stadträte. Kein Mensch kennt sich in diesen Anträgen aus. Aus der Vorlage ist nicht zu ersehen, ob sich aus der Regulierung eine Verbesserung oder Verschlechterung für das städtische Personal ergibt. Auch in diesem Fall sind die Verhandlungen nur mit der marxistischen Organisation geführt worden. Das soll Demokratie sein? In Wahrheit ist es Oligarchie der ärgsten Art. Wien wird von neuen Tyrannen beherrscht, von 8 ungekrönten Königen und einem ungekrönten Kaiser. Aber die Macht der Mehrheit ruht auf schwankendem Grund.

Der Bürgermeister ermahnt den Redner, zur Sache zu sprechen.

GR. Stöger: Die Mehrheit lebt nur von der Uneinigkeit im Lager der marxistischen Bevölkerung.

Bgm. Seitz ermahnt den Redner neuerlich zum Tagesordnungspunkt zu sprechen.

GR. Stöger bemerkt, dass die Kommunalisierung des Betriebes Kanalisationswesens gänzlich überflüssig sei und dass sie nur erfolgt sei, um den Gewerbestand Konkurrenz zu machen. GR. Stöger zitiert sodann den Ausspruch des ehemaligen Gemeinderates Winarsky, dass der Stadtrat das Hilfsorgan des Gemeinderates sein sollte.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am 3. Juni 1932.

Bgm. Seitz: Ich bitte doch zur Sache zu sprechen. Wir können bei diesem Punkt nicht über die Stellung des Stadtrates zur Zeit einer früheren städtischen Verfassung sprechen. (GR. Dr. Arnold (chr. soz.): Nicht so engherzig sein! Ein bisschen Redefreiheit!) Ich muss nicht nur die Redefreiheit, sondern auch die Zeit des Gemeinderates schützen und kann bei dem Punkt über die Kanalräumerlöhne nicht Betrachtungen darüber anstellen lassen, welche Stellung noch dazu in der Zeit einer ganz anderen Verfassung eine zufällig auch den Namen Stadtrat tragende Körperschaft gehabt hat.

GR. Stöger: Dann müssen Sie uns aber auch das Material in die Hand geben, dass es uns möglich macht, zur Sache selbst Stellung zu nehmen. Auch aus dieser Vorlage sieht man, was die Sozialdemokraten aus dem Gemeinderat gemacht haben. Machen Sie ehestens Schluss mit der Paschawirtschaft, ehe Sie der Zorn des Volkes hinwegfegt (Lebhafter Beifall bei den Christlich-sozialen, Lachen bei der Mehrheit).

GR. Röhl Dr. (n. s.) erklärt, dass seine Gesinnungsgenossen gerne jedem arbeitenden Menschen, wenn eine Besserung seiner Lebenshaltung gesetzlich gewährleistet wird, helfend zur Seite treten. Doch müsse die formale Behandlung der Vorlage kritisiert werden. Auf Grund des vorliegenden dürftigen Zettels, der lediglich die Ansätze enthalte, könne sich niemand ein Bild über die wahre Sachlage machen, man könne unmöglich beurteilen ob die Anträge Verbesserungen bezwecken oder nicht. Notwendig wäre, die genaue Abschrift aller Vorverträge jedem Gemeinderat einzuhändigen. Das wäre allerdings ein sehr umständlicher Vorgang und eben daraus müsse man die Feststellung ableiten, dass diese ganze Abstimmungsmaschine eine Farce der Demokratie ist, ein demokratisches Affentheater. Langsam dämmert auch in der Bevölkerung diese Ueberzeugung auf, denn es ist einfach lächerlich, dass eine Körperschaft von 100 Personen für etwas die Verantwortung übernehmen soll, wofür höchstens ein Mensch, der die Sache wirklich kennt, die Verantwortung tragen kann. Als der Redner dann ^{auf} die Ausführungen des GR. Kunschak in der letzten Gemeinderatssitzung zurückkommt unterbricht ihn der Bürgermeister mit der Mahnung, nicht über einen Gegenstand zu sprechen, der nicht in Verhandlung steht.

GR. Dr. Riehl: Ich komme auf den Gegenstand der Verhandlung zurück.

Bgm. Seitz: Aber ich kann nicht gestatten, dass Sie sich zeitweilig davon entfernen.

GR. Dr. Riehl: Meine Kritik muss immer wieder anführen, dass der Referent die Zustimmung von uns zu Dingen verlangt, die wir gar nicht kennen. Aber auch die Herren der Mehrheit haben keine Ahnung über was sie eigentlich abstimmen sollen. Für Verbesserungen ^{der Lage} der Gemeindeangestellten werden wir immer zu haben sein, aber wir werden ganz energisch fordern, dass künftighin bei der Aufnahme von Bediensteten strenge darauf gesehen werde, dass diese Bediensteten ausschliesslich ~~aus~~ der heimischen, bodenständigen deutschen Bevölkerung angehören und dass wir unter keinen Umständen dulden werden, dass wie in früheren Jahren Juden und Tschechen Aufnahme finden. (Ein Zwischenruf: Siehe Suchanek!) Wir werden uns dagegen mit den schärfsten Mitteln verwahren. Nochmals bemerke ich, dass uns zu dem Akt alle Unterlagen fehlen. Der Stadtsenat soll sich künftighin allein das ganze Komödienspiel selber ausmachen.

Bgm. Seitz: Wegen des Ausdruckes Komödienspiel rufe ich Sie zur Ordnung! - GR. Frauenfeld (n. s.): sagen wir Affentheater!

St. R. Speiser erwidert auf die vorgebrachte Kritik, dass genaue Erläuterungen zu jeder Vorlage in den vorberatenden Körperschaften ausrei-

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Wien, am 5. Juni 1932.

reichend gegeben werden. Auch der vorliegende Antrag hat diese Behandlung erfahren. Zuerst wurde über die Fragen zwischen der Verwaltung des betreffenden Betriebes und der Arbeiterschaft verhandelt und die erzielten Vereinbarungen wurden nachher im Gemeinderatsausschuss für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform durchbesprochen; in diesem Ausschuss sitzen Angehörige aller Parteien des Gemeinderates. Nachher kam die Sache in den Stadtsenat und auch dort wurde sie genau behandelt. Schliesslich habe ich heute im Gemeinderat eine genaue Darstellung über die Löhne, über die bisherige Form der Zulagen und dergleichen gegeben. Auf einen Zwischenruf des GR. Stöger (chr. soz.), dass der vorliegende Antrag noch aus der Zeit des alten Gemeinderates stamme erwidert St. R. Speiser: Die Uebergangsschwierigkeiten vom alten und neuen Hause werden sich nicht nur auf diesem, sondern auch auf anderem Gebiete ergeben. Zugegeben, dass bei Abänderung solcher Verträge allen Gemeinderatsmitgliedern die Vorakten zugemittelt werden sollten, aber die früheren Mitglieder des Gemeinderates haben ja die Vorlagen seinerzeit erhalten und sind also längst informiert. Ich bin nicht nur Referent der Personalangelegenheiten, sondern auch für Verwaltungsreform und habe dafür zu sorgen, dass möglichst wenig Vielschreiberei, möglichst wenig Papierverschwendung und möglichst wenig Kosten gemacht werden. Künftighin sollen aber wenigstens allen neuen Gemeinderatsmitgliedern die entsprechenden Vorlagen zugehen. Uebrigens steht jedem Gemeinderat das Recht der vollen Akteneinsicht zu.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtsenates angenommen.

St. R. Breitner (soz. dem.) berichtet sodann über einen Antrag, das am 1. April 1932 zur Rückzahlung fällig gewordene Darlehen von 500.000 Schilling, das der Gesiba zur Förderung von Siedler- und Kleingartenbauten bewilligt worden war, hinsichtlich eines Teilbetrages von 363.000 Schilling bis 31. Dezember 1934 zu stunden. Der Referent bemerkt, dass dies einerzeitige Aktion zur Förderung des Baues kleiner Eigenheime von der Gemeinde mit der Widmung von 1 Million Schilling unterstützt wurde. Die Aktion hatte den gewünschten Erfolg, es wurden 198 Kernhäuser hergestellt. Wegen der schlechten Wirtschaftsverhältnisse konnte schliesslich ein Restbetrag von 363.000 Schilling bei den Eigentümern dieser Häuschen nicht hereingebracht werden, weswegen die Stundung beantragt wird.

G. R. Dr. Zörnlaib (chr. soz.) führt aus, die Minorität könne sich bei Behandlung von Gegenständen, die Unternehmungen betreffen, an denen die Gemeinde Wien beteiligt ist, nicht des Gefühles erwehren, dass bei der Mehrheit die Absicht bestehe, der Minderheit etwas zu verheimlichen. Der geheime Bericht des Rechnungshofes, der bisher dem Gemeinderat vorenthalten wurde, beschäftige sich gleichfalls mit der Gesibe.

Bürgermeister Peitz: Es gibt keinen geheimen Bericht des Rechnungshofes. Der Rechnungshof hat nur einen öffentlichen Bericht verfasst, der jedem Gemeinderat zugestellt worden ist. Der Bericht, von dem Sie sprechen, ist ein spezieller Bericht des Rechnungshofes an den Magistrat. Trotzdem bin ich einem Wunche der Opposition gefolgt und habe den Bericht, weil es ja nichts zu verheimlichen gibt, dem Stadtsenat vorgelegt.

G. R. Dr. Arnold: Wir wollen ihn auch genau studieren!

G. R. Dr. Zörnlaib: Trotz dem ist dieser Bericht des Rechnungshofes der Öffentlichkeit vorenthalten worden. Die christlichsozialen Gemeinderäte begegnen den Gegenständen, die, wie ich schon gesagt habe, Unter-

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Wien, am 3. Juni 1932

nehmungen betreffen, mit grösstem Misstrauen. Es wird nur dann eine Beruhigung eintreten, wenn wir zunächst Einblick in den vertraulichen Bericht des Rechnungshofes bekommen, wenn dessen Vertraulichkeit aufgehoben wird.

Bürgermeister Seitz: Wenn Sie dies wünschen, wenden Sie sich an den Rechnungshof. Ich kann nicht dulden, dass Sie den Magistrat beleidigen!

G. R. Zörnlaib: Ich stelle fest, dass uns der Bericht vorenthalten worden ist.

Bürgermeister Seitz: Er ist niemanden vorenthalten worden!

G. R. Dr. Zörnlaib: Er ist uns vorenthalten worden und darin ist eine schwere Schädigung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien gelegen.

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie wegen dieser Beleidigung des Magistrates zur Ordnung! (Zwischenrufe).

G. R. Dr. Zörnlaib: Der § 84 der Verfassung.....

Bürgermeister Seitz: Ich bitte Sie, jetzt zum Gegenstand zu kommen, ich rufe Sie zur Sache!

G. R. Dr. Zörnlaib: Dieser § 84 sagt ausdrücklich.....

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache!

G. R. Dr. Zörnlaib: Diese Vorenthaltung des Berichtes ist eine Brückierung der Steuerträger dieser Stadt.

Bgm. Seitz: Ich würde es sehr bedauern, wenn ich Ihnen das Wort entziehen müsste.

G. R. Dr. Zörnlaib: Die Wiener Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu wissen, was mit den Steuergeldern geschieht. Wir haben ein Recht zu wissen, ob der Rechnungshof nicht auch wegen der 500.000 Schilling zu Dekriminationen gekommen ist. Die christlichsoziale Fraktion kann solange nicht in die meritorische Behandlung des Gegenstandes eingehen, bis nicht der vertrauliche Bericht auf dem Tisch des Hauses liegt.

Bgm. Seitz: Weil hier eine ganz unqualifizierbare Verdächtigung des Magistrates vorliegt (Lebhafte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen), teile ich dem Hause mit, dass ein Bericht des Rechnungshofes an den Gemeinderat erstattet wird, genau so wie er in allen Ländern an die Landtage erstattet wird. Dieser Bericht ist den Mitgliedern des Gemeinderates auch zugänglich gemacht worden. In allen Ländern und auch beim Bund ist es üblich, dass der Rechnungshof überdies an die betreffenden Aemter, also im Bund an die Ministerien, in den Ländern an die Landesämter und in Wien an den Magistrat, Mitteilungen macht, die nur diese Aemter betreffen. Diese Aemter haben aber kein Recht, die Berichte weiterzugeben.

St. R. Kunschak: Aber der Bürgermeister hat das Recht!

St. R. Dr. Alma Motzko: Der Bürgermeister hat die Pflicht!

Bgm. Seitz: Der Bürgermeister der Stadt Wien hat die Bestimmung der Nichtweiterleitung sehr ausdehnend interpretiert, indem er dem Stadtsenat den Bericht vorgelegt hat, damit auch die Mitglieder der Opposition dort Einsicht nehmen können. Was darin steht, ist den Mitgliedern des Senates bekannt und jedes Mitglied der Opposition kann sich bei dem Mitglied seiner Partei, das dem Stadtsenat angehört, entsprechend informieren. Die Vorlage des Berichtes an den Gemeinderat wäre ein Vorgang, der in keinem anderen Bundesland und auch nicht beim Bund üblich ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

3. Juni 1932
Wien, am

Dr. Henke (n.s.) erinnert daran, dass im Februar 1931 in der gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und Finanzausschusses ein Antrag Biber angenommen wurde, wonach das Kontrollamt eingehend zu prüfen hat, ob eine weitere Betrauung der Gesiba mit dem städtischen Siedlungsbauten vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gerechtfertigt ist, und innerhalb 4 Wochen an den zuständigen Ausschuss zu berichten. Ist dieser Bericht erstattet worden? Die Stundung eines so hohen Betrages von 363.000 Schilling für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren ist unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen umso weniger zu verantworten, als die Gesiba nicht konsolidiert ist. Wir wären dem amtsführenden Stadtrat sehr dankbar, wenn er uns darüber aufklärte, wie sich das Kontrollamt zu dieser Frage geäußert hat.

St. R. Breitner teilt zunächst mit, dass dieser Bericht im zuständigen Ausschuss erstattet wurde und dass auch den neuen Mitgliedern des Ausschusses Einsichtnahme in den Bericht gegeben werden wird. Im übrigen liegt ein Missverständnis vor. Die Gesiba scheint gar nicht als Kreditnehmerin auf, sondern jene, ^{denen} die Errichtung eines Hauses seinerzeit ermöglicht worden ist, und die heute infolge der verschlechterten Einkommensverhältnisse die Raten nicht bezahlen können. Es wäre gar nicht schwierig, die Zahlung im Gerichtswege, eventuell mit Zwangsversteigerung zu erwirken. Ein solches Vorgehen wäre aber unerwünscht. Nun soll der Gesiba durch die Stundung nur die Möglichkeit geboten werden, selbst wieder die Stundung an die einzelnen Hauseigentümer zu vollziehen. Was die Gesiba selbst betrifft, so sind an ihr Gemeinde und Bund zu gleichen Teilen interessiert. In der Verwaltung sitzen nicht nur Vertreter, sondern auch die Vertreter der Minderheit des Gemeinderates. Die Gesiba wird nicht nur vom Kontrollamt der Gemeinde, sondern auch vom Rechnungshof kontrolliert, der sich im zustimmenden Sinn über die Wirtschaft der Gesiba geäußert hat (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.
die Aufhebung der Parkschutzbestimmungen für
Der Antrag betreffend die Errichtung einer Triebstoffanlage auf dem Vorplatz des Schwannenbergpalais wird ohne Debatte angenommen, da sich der eingetragene Redner hat streichen lassen.

GR. Hiess (soz. dem.) referiert über die Gewährung eines Ehrenreises von 1000 Schilling an die "Wiener Sezession".

GR. Stöger (chr. soz.) bemerkt, gerade in der heutigen schwierigen Zeit wäre eine Hilfeleistung für die Kunst und die Künstler, die sich in schwerer Notlage befinden, nötiger denn je. Denn gerade die Künstler werden beim Aufstieg Oesterreichs unbedingt nötig sein. Die Förderung der Künstler erfolgte früher durch kunszsinnige Bürger, vor allem aber durch die hochgesinnten Herrscher Oesterreichs. Es war daher eine der widerlichstesten und aufreizendsten Szenen in der letzten Gemeinderats-sitzung, als einem neuen Mitglied des Hauses von der Mehrheit immer wieder zugeschrieben wurde: Kaiser Karlanhänger. Das war ein Mitglied der Mehrheit, dessen Wiege sicher nicht am Donaustrand, sondern wahrscheinlich in einem der Kultur und Zivilisation völlig unzugänglichen östlichen Dorf stand. Jeder anständige Mensch, ob Anhänger dieser oder jener Staatsform, beugt sich vor der bitteren Tragik des letzten Kaisers der Monarchie. Wenn die heutigen Beherrscher Wiens nur eine Spur seiner Opferwilligkeit und seiner über-ragenden Liebe zu unserem armen Volk hätten, stünde es anders um das Kunst-leben unserer Stadt. In Frankreich gibt es keinen noch so überzeugten Repu-likaner, der eine Herabsetzung des Kaisers Napoleon ruhig hinnehmen würde. In Wien zeugt jeder Stein von Habsburgs Grösse und es wäre besser, wenn die

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI Blatt

Wien, am.....

Mehrheit, statt die Mäzene von ehemals zu schmähen, für sie Ersatz suchen würden. Heute erwächst dem Staat und dem Volk die Pflicht, die schwerbedrohte Kunst zu fördern. Für die Gemeinde gilt diese Verpflichtung umso mehr, als sie zum grössten Teil dem einstigen Volksreichtum an sich gerissen und sozialisiert hat. Aber der reiche Prasser hat nur armselige Brosamen für die Kunst. Auf Drängen der Minorität wurde im Jahre 1930 beschlossen, wenigstens 100.000 Schilling zur Förderung der Gegenwartskunst zu bewilligen. Aber während in den letzten zwei Jahren für die Schuwa über 7 Millionen ausgegeben worden sind, hat man in der selben Zeit von den 200.000 Schilling für die Kunst über 112.000 Schilling nicht verwendet. Wir fordern den amtsführenden Stadtrat neuerlich auf, im Einvernehmen mit den betroffenen Kreisen zu prüfen, wie wenigstens der empfindlichsten Not der Künstler begegnet werden könne, und fordern die eheste Verwendung der für das Jahr bewilligten 100.000 Schilling und eine ausgiebige Zuwendung an die Künstler. (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.).

GR. Hiess (soz. de.) stellt gegenüber den Ausführungen des GR. Stöger fest, dass die Gemeinde sehr bedeutende Summen für die Kunstbewilligt hat. Die Gemeinde gibt Architekten und Malern Gelegenheit, Werke zu schaffen. Im Bund, wo die Christlichsozialen das grosse Wort führen, ist von Kunstförderung keine Spur (Lebhafte Zwischenrufe bei den Chr. soz. - GR. Stöger: Das ist lächerlich) Es ist richtig, dass von den bewilligten 200.000 Schilling Beträge noch zur Verfügung sind, aber nur deshalb, weil es die betreffenden Künstlerorganisationen unterlassen haben, Vorschläge über den Ankauf von Kunstwerken zu erstatten. / auf die übrigen Ausführungen des GR. Stöger einzugehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

St. R. Tandler (soz. dem.) berichtet über den Antrag, dass in Ergänzung des mit dem "Berein zur Gründung eines Montessorikinderhauses" I., Am Rudolfsplatz, abgeschlossenen Vertrages vereinbart werde, dass die Zahlung der öffentlichen Abgaben durch die Gemeinde Wien zu erfolgen habe.

Während des Referates ruft GR. Frauenfeld (n. s.) dem St. R. Tandler wiederholt zu: "Juden untereinander!"

GR. Dr. Arnold (chr. soz.) beanständigt zunächst die Mangelhaftigkeit des Berichtes und weist darauf hin, dass das Haus, das dem Montessoriheim zum Betrieb übergeben wurde, mit einem Kostenaufwand von 250.000 Schilling errichtet wurde, in welchem Betrag der Grundwert nicht eingerechnet ist. Ueber den Grundwert waren im Ausschuss keine Aufklärungen zu erlangen. In dem Vertrag mit dem Montessoriheim sichert sich das Jugendamt das Recht, 80 Kinder in dem Kinderheim unterzubringen, gegen eine Entschädigung von 2'20 Schilling pro Tag. Das ist für die Unterbringung eines Kindes in einem Kindergarten ausserordentlich viel. In katholischen Kindergärten werden Kinder schon um 50 Groschen täglich untergebracht. Dem Montessori-Heim wird auf diese Art eine Zuwendung von 50.000 Schilling bis 55.000 jährlich gemacht. Während alle katholischen Einrichtungen, die Einrichtungen der "Frohen Kindheit", die Kinderhorte, die Heime für Jugendliche, Wohnbausteuer zahlen müssen, soll hier die Zahlung der Wohnbausteuer von der Gemeinde übernommen werden, obwohl nach den Richtlinien, die der Stadtsenat dem Magistrat für die Entrichtung von Wohnbausteuer gegeben hat, für die Einrichtungen, die eine gemäss nützige Tätigkeit in gemieteten Räumen entfalten, eine Wohnbausteuer zu bezahlen ist. Bei dem Montessoriheim handelt es sich in Wirklichkeit um eine Befreiung von der Wohnbausteuer, weil das ein Heim ist, das der Mehrheit nahesteht. Man erkennt daraus, dass in der Verwaltung von oben bis unten ein

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Wien, am

System der korruptesten Parteilichkeit herrscht. (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.)

Bgm. Seitz: Ich bitte, sich zu mässigen.

GR. Dr. Arnold: Die Mahnung des Bürgermeisters schafft die Tatsache nicht aus der Welt.

Bgm. Seitz: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Gr. Dr. Arnold: Bitte, geben Sie mir gleich einen Vorschuss auf den zweiten Ordnungsruf.

Bgm. Seitz: Ich bitte sich anständig zu benehmen.

GR. Dr. Arnold: Was sich anständig benehmen heisst, weiss ich selbst. Sie sitzen nicht in einer Volksschulklasse.

Bgm. Seitz: Sie benehmen sich aber wie die kleinen Kinder. Sie scheinen nicht zu wissen, welchen Vorwurf Sie erheben.

GR. Dr. Arnold: Die katholischen Schulen in der Kaiserstrasse müssen eine ^{hohe} Wohnbausteuer entrichten, und als der Rekurs erhoben wurde, hat sich der Senatsrat Urban erfrecht...

Bgm. Seitz: Ich dulde nicht, dass Sie einen Beamten hier beleidigen. Ich rufe Sie zur Ordnung. Sie ^{dürfen} einen Beamten, der sich nicht verteidigen kann, nicht beleidigen. Das ist ganz unzulässig.

GR. Dr. Arnold stellt den Antrag, der Stadtsenat habe die Richtlinien über die Wohnbausteuer dahin abzuändern, dass gemeinnützige Einrichtungen auch dann von der Entrichtung der Wohnbausteuer befreit werden, wenn sie gemeinnützige Tätigkeit in gemieteten Räumen ausgeübt wird. Ferner ist Privatschulen der Charakter einer Gemeinnützigkeit zuzuerkennen, so dass sie von der Wohnbausteuerentrichtung zu befreien sind. Er stellt weiters den Antrag, den Vertrag mit dem Verein zur Gründung eines Montessorihauses unverzüglich aufzulösen. Er fordert sodann, dass in der privaten Fürsorge Unterschiede gemacht werden zwischen Vereinen, die wirklich gemeinnützig sind, und solchen, die mit der angeblichen Fürsorge ein Bombengeschäft machen. In derselben Sitzung des Ausschusses, in der über den vorliegenden Antrag beschlossen wurde, wurde auch beschlossen, Vereinen der Mehrheit 70.000 Quadratmeter als Fussballplätze zuzuweisen.

Der Redner spricht sodann über die Vereine, denen diese Plätze überlassen worden sind.

Bgm. Seitz ersucht den Redner, sich an die Sache zu halten.

GR. Dr. Arnold: Sie können nicht einem Redner bei jedem Satz das Wort abschneiden. Sie werden wissen, was eine Begründung ist. Zumal Sie von Beruf Lehrer sind.

Bgm. Seitz: Ich sage Ihnen noch einmal, lassen Sie sich mit mir nicht ein. Ich werde sonst über Ihren Beruf reden und werde Ihnen sagen, dass Sie ein Geistlicher sind, dass Sie aber nicht wissen, wie Sie sich zu benehmen haben (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. - Lebhaftes Zwischenrufe bei den Chr. soz. - Kundgebungen auf der Galerie).

Bgm. Seitz ermahnt die Galerie, sich in die Verhandlungen des Hause durch Kundgebungen nicht einzumischen (Zwischenrufe bei den Chr. soz.: Ihre Leute sind oben). Wenn die Gemeinderäte selbst ein Beispiel unparlamentarischen Benehmens geben, ist das sehr traurig. (Die G. R. in Dr. Motzko macht Zwischenrufe) Ich bitte, den Vorsitzenden nicht zu unterbrechen. Die Galerie ermahne ich nochmals, sich von Kundgebungen fernzuhalten. Die Organe auf der Galerie sind angewiesen, jedem, der gegen diese Vorschrift handelt, von der Galerie zu entfernen.

R. Dr. Arnold: Ich habe noch nie in meinem Leben daran gezweifelt, dass ich ein Geistlicher bin, und ich weiss auch ganz genau, wie sich ein Geistlicher zu benehmen hat. Eine Rede ist aber kein Kettenschluss

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Wien, am.....

es muss einem/möglich sein, eine Sache in das rechte Licht zu setzen. Dr. Redner Arnold spricht dann über die Fussballplätze, die den der Mehrheit nahestehenden Vereinen übergeben worden sind.

Bgm. Seitz: Ich bitte, sich an die Sache zu halten. Wir sprechen hier nicht über Fussballplätze.

GR. Dr. Arnold: Diese Fussballplätze sind also Vereinen übergeben worden...

Bgm. Seitz: Ich rufe Sie das letztmal zur Sache.

Gr. Dr. Arnold stellt den Antrag, ehestens einen Gesetzentwurf zur Novellierung der Bodenwertabgabe von unverbautem Grund vorzulegen, in welchem die Befreiung solcher Gründe von der Steuer vorzusehen ist, welche gemeinnützigen Zwecken dienen. Schliesslich beantragt der Redner, die im Jahre 1931 an die Fürsorgeinstitute hinausgegangenen Weisungen ausser Kraft zusetzen und neue Weisungen zu erlassen, die vorher zu beraten sind, den Stadtsenat zu beauftragen, solche Entwürfe ehestens dem Gemeinderate vorzulegen. Schliesslich verlangt der Redner die Vorlage eines Berichtes über Beanstandungen des Obersten Rechnungshofes wegen Zuwendungen an den Verein "Kinderfreunde".

GR. Dr. Suchenwirth (n.s.) erklärt, dass seine Fraktion jede Unterstützung für einen Verein dieser Art ablehne. Entweder die Anstalten der Gemeinde sind im tadellosen Zustand, dann ist eine Zuwendung überflüssig, oder aber sie entsprechen nicht den Anforderungen, dann ist jeder Groschen nichts anderes als ein Verbrechen in einer Zeit, wo mit allen Mitteln gespart werden muss. Redner kritisiert scharf das System Montessori. Mit diesen Methoden erziehe man eine anarchische Jugend. Es sei symbolisch, dass das Haus im jüdischesten Teil Wien errichtet worden ist; wenn man die Leiterin betrachte, werde man finden, dass sie den Namen Lilly Robitschek führt. (Zwischenrufe bei den Soz. dem.): Sie haben es notwendig, das zu bemängeln. Gelächter links). Sie werden mir wahrscheinlich den Vorschlag machen, die Frau Robitschek aufzunorden, wir sind aber nicht in der Lage, einer solchen Aufnordung zuzustimmen.

Bgm. Seitz unterbrechend: Ich bitte sich über Abwesende nicht in dieser Art zu äussern.

Dr. Suchenwirth: Das ist doch keine Beleidigung. Die Frau heisst wirklich Nuschi Spira und gehört dem auserwählten Volk an, sie kann ebensowenig wie Herr Dr. Tandler und Breitner zu nordischen Deutschen gemacht werden. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Soz. dem.) Wenn man das Wort Palästina von Fern aufklingen lässt, werden die Mehrheitsmitglieder gleich rebellisch. Da werden alte Abhängigkeiten lebendig, aber wir freuen uns darüber, weil wir sehen, dass der alte Spruch zu recht besteht: Im Hause des Gehängten hört man nicht gerne vom Strick reden. Wir lehnen es ab, Vereinen Unterstützungen zu bewilligen, bei denen die Juden ihre Geschäfte machen. Diese Nuschi Spira soll ihre Geschäfte anderswo abwickeln, aber nicht in einem deutschen Lande, wo deutsche Junglehrer und Junglehrerinnen keine Anstellung erhalten, wo die Bevölkerung am Verrecken ist. Aus allen diesen Gründen erklärt Redner den Antrag des GR. Arnold auf Lösung des Vertrages zu unterstützen; seine Partei werde dafür stimmen.

Der Referent, St. R. Prof. Dr. Tandler, entgegnet kurz, dass der vorliegende Akt nicht im Oktober, sondern am 7. April behandelt worden sei. Dr. Arnold habe selbst am 6. April diesen Akt eingesehen. Was die Jugendheime anbelangt, sei zu bemerken, dass auch die Jugendheime anderer Parteien Wohnbausteuer zahlen müssen, da werde kein Unterschied gemacht. Der Referent

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt

Wien, am

ersucht um Annahme des Antrages, der dann angenommen wird. Die Anträge des GR. Dr. Arnold werden abgelehnt.

GR. Dr. Riehl (n.s.) ruft: Na, ist das nicht eine Komödie!

GR. Hartmann (soz. dem.) stellt den Antrag: die Ausführung der Wohnhausanlage in Fünfhaus, Stutterheimstrasse, wird nach den Plänen des Architekten Josef Berger-Martin Ziegler genehmigt, die Kosten werden voraussichtlich 1,800.000 Schilling für 124 Wohnungen betragen. Die Baubewilligung zur Errichtung eines Wohnhauses an der Stutterheimstrasse-Walkürengasse-Brunhildengasse und am Rosamplatz wird erteilt. Der Referent bemerkt dazu, es handle sich um die Erteilung der nachträglichen Bewilligung des Gemeinderates.

GR. Biber (chr. soz.) sagt, seine Partei habe schon im alten Gemeinderat immer wieder den von der Mehrheit praktizierten Wohnhausbau und dessen Finanzierung kritisiert und immer tauben Ohren gepredigt. Der Erfolg dieser Harthörigkeit sei ein gänzlich verarmtes Wien, ein zusammengebrochenes Bürgertum, eine völlig verarmte Mittelschicht der Bevölkerung. Zum vorliegenden Akt müsse Redner bemerken, dass es merkwürdigerweise 8 Monate dauerte, bevor dieser vom Stadtsenat erledigte Akt an den Gemeinderat gelangt ist. Merkwürdig sei auch, dass unmittelbar nach dem Beschluss des Stadtsenates bereits die Offertausschreibung erfolgte und zur Offertabgabe den Interessenten nur einige Tage Zeit gegeben worden sei. Aufklärungsbedürftig sei auch der Umstand, warum die Gemeinde diesen Bau nicht dem Bestbieter übertrug, dessen Offert um 35.000 Schilling billiger gewesen sei. Bei Betrachtung aller dieser Tatsachen müsse man zu der Vermutung kommen, dass es sich hier um eine abgekartete Sache handle. Dadurch werde die Gemeinde arg geschädigt. Man müsse die Frage aufwerfen, wieso die Notwendigkeit bestehen könne, dass dieser Akt nach § 99 erledigt wurde, obgleich reichlich Zeit zur normalen Erledigung gewesen sei. Diese Verletzung der Verfassung, diese Bagatelisierung könne und dürfe sich der Gemeinderat nicht gefallen lassen und man müsse gegen diese verletzende Behandlung entschiedenen Protest erheben. In Wien gehe das Gerücht um, dass viele Mieter grösserer Gemeindefohnhäuser keinen Zins mehr zahlen. Möglich, dass solche Gerüchte übertrieben sind, aber ein Funken Wahrheit werden sie enthalten. Deswegen müsse der Referent diese Sache aufklären.

GR. Frauenfeld (n.s.) betont, dass die neuen Gemeindefohnhäuser sich von den alten berüchtigten Zinskasernen nur durch ihre innere Einrichtung unterscheiden, elektrisches Licht, moderne Waschküchenanlagen und dergleichen. Das sei aber keineswegs eine Errungenschaft der soz. dem. Partei, sondern einfach der technische Fortschritt unserer Zeit. Das Bestreben der Mehrheit sei auf die Vernichtung des Mittelstandes gerichtet, um haufenweise Proleten zu gewinnen, mit denen sie dann nach Belieben umspringen könne. Bei den städtischen Wohnhaushäuten sind, wie die Erfahrung lehrt, die Ueberschreitungen der Voranschläge zur Regel geworden, sie betragen oft 20 bis 40 Prozent. Man muss fragen, ob das Unfähigkeit sei oder Korruption. Man müsse fordern, dass die Wohnbautätigkeit der Gemeinde, wenn sie auch nur den Schein einer Berechtigung besitzen soll, zum Wohle der bodenständigen deutschen Wiener geschehe, sie allein dürfen an diesen Häusern mitarbeiten, sie allein in ihnen wohnen. Solche Bauten dürfen nicht unternommen werden, um pleitegehende Firmen zu sanieren. Redner erzählt, dass bei der Eröffnung einer Wohnhausanlage durch den Bürgermeister ein dieser Feier beiwohnender Nationalsozialist hörte, wie ein jüdischer Festteilnehmer sagte, dass aus den Fenstern lauter Juden herunterschauen, also die asiatischen Wanderratten, die beim Nordbahnhof auf ihren deformierten Plattfüssen hereingehatscht sind...

RATHAUSKORRESPONDENZ

X. Blatt

Wien, am.....

Vorsitzender Weigl: Ich möchte Sie ersuchen, die Bewohner der Gemeindhäuser nicht zu beleidigen.

GR. Frauenfeld: Ich spreche ja nur von einem Teil. Wenn wir hier feststellen müssen, dass schon bei den Grundkäufen merkwürdige Dinge, fast könnte man sagen Schiebungen, vorkommen, wenn wir sehen, wer die Häuser baut und wer darinnen wohnt, dann müssen wir sagen, dass eine solche Wohnpolitik nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des bodenständigen deutschen Volkes betrieben wird. Die deutsche Bevölkerung muss diese Art des Wohnbaues entschieden ablehnen.

Der Referent, St. R. Weber, entgegnet auf die Ausführungen des GR. Biber über die Finanzierung der Gemeindebauten, man habe wieder das alte Lied vernommen, wieder die alten Vorschläge, auf die die Mehrheit nicht eingehen könne. Die Tatsachen haben gelehrt, dass nicht nur die Art unserer Wohnhausbauten, die Wohnungspolitik, sondern insbesondere die Finanzierung den grossen Erfolg verbürgte, der von der gesamten Bauwelt anerkannt wird. Alle Leute, die vom Finanzwesen etwas verstehen, haben uns geradezu Bewunderung gezollt (Zwischenrufe bei den Chr. soz.: Ein paar Sozialdemokraten aus Deutschland haben sie bewundert). Wenn wir Ihre Methoden befolgt hätten, dann, du liebes Wien, wäre es mit der Wohnbautätigkeit vorbei und den Nutzen hätte lediglich nur das raffende Kapital, dem Zinsen und Tribute entrichtet werden müssten. Niemand wird uns, Herr GR. Frauenfeld zumuten, dass wir Ihren Gedankengängen folgen können. Aber eines haben wir gemacht, bevor Sie mit Ihrem berühmten Programm herausgekommen sind, die Gemeinde hat mit der Brechung der Zinsknechtschaft kräftig eingesetzt (Grosser Beifall b. d. Soz. dem.)

GR. Frauenfeld: Ja, Zentralsparkasse in Schwechat mit 24 Prozent Zinsen!

St. R. Weber: Nicht mit Worten, sondern mit Taten haben wir diese Knechtschaft gebrochen. GR. Biber kann als Geschäftsmann ausrechnen, wie hoch ungefähr die Mietzinse in Wien sein würden, wenn wir die uns angeratenen Wege gewandelt wären.

GR. Biber: Billiger als in Ihren Häusern.

St. R. Weber: Eine Valorisierung auf das Fünfzehntausendfache wäre die Folge wie in Deutschland und den übrigen Ländern, wo ein Mieterwchutz praktisch nicht mehr besteht. Damit wäre jede Bautätigkeit erschlagen worden.

GR. Dr. Suchenwirth (n. s.) Wird in Deutschland vielleicht nicht gebaut!

St. R. Weber: Nichts wird dort gebaut.

GR. Frauenfeld: Na hören Sie, Frankfurt, Nürnberg, Karlsruhe, überall wird gebaut. (Lebhafte Zwischenrufe).

St. R. Weber: Bei Befolgung Ihrer Methoden wäre das Heer unserer Arbeitslosen nicht nur bedeutend grösser, sondern es wären auch tausende Geschäftsleute in Wien und in der Provinz in den Abgrund der Vernichtung gerissen worden. Sie sind aber immer dafür, dass die Wiener mehr zahlen sollen und die Hausbesitzer das Geld bekommen. (Lebhafter Beifall).

GR. Biber (chr. soz.): Das ist ein alter Schlagler von Ihnen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt

Wien, am

St. R. Weber Das Elend der Wohnungslosen ist Ihnen vollkommen gleichgültig (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. - Grosser Widerspruch bei den Chr. sozm und Rufes Das ist eine Frechheit. - GR. Biber: Wir haben Sie bisher von einer anderen Seite kennengelernt.) Wäre das nicht der Fall, so hätte man seinerzeit nicht solche Wohnhöhlen errichtet, in denen das christliche und deutsche Volk wie das liebe Tier hat leben müssen und zu - grundgehen, an Leib und Seele gebrochen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Erst unsere Gemeindeverwaltung musste kommen, um auch der kleinsten Wohnung Gas und Elektrizität, Luft, Licht und Sonne zu geben. (Stürmischer Beifall b. d. Mehrheit). - Lachen bei der Opposition. - Zahlreiche Zwischenrufe. - GR. Prinke (chr. soz.): Sie wissen nicht, was Lueger gemacht hat. - GR. Frauenfeld Der Herr Weber lässt auch die Sonne scheinen). Durch die niederträchtige Bauweise nach der alten Bauordnung hat man Millionen Menschen die köstlichsten Güter der Natur und des technischen Fortschrittes vorenthalten (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit). Wir haben die neue Bauordnung im heftigsten Kampf gegen Sie durchgeführt (Zwischenrufe b. d. Chr. soz.). Sie haben 20 Jahre über eine neue Bauordnung beraten und sie nicht zuwege gebracht. Wenn wir also feststellen, dass das, was wir gemacht haben, ein ausserordentlicher Fortschritt ist, kann uns die Kritik des Herrn Frauenfeld diese unsere Freude nicht verderben. Herr Frauenfeld hat gefragt, was eigentlich mit diesen Gemeindewohnungen sein wird. Sorgen, die Sie haben (Lebhafte Heiterkeit b. d. Soz. dem.) Die Gemeindewohnungen werden, wenn es nicht kapitalistische Politik, die vom Bunde, seiner Regierung und allen Regierungsparteien gestützt wird, durch ein weiteres Zugrunderichten unserer Wirtschaft unmöglich macht, niemals leerstehen. Dass Einfamilienhäuser gebaut werden sollen, ist keine Erfindung des Herrn Frauenfeld. Wir haben im Gegensatz zu anderen Gemeinden und im Gegensatz zum Bund, der eine Wohnbauförderung nach Ihrer Methode betreibt, nach unserer Methode etwa 6000 Einfamilienhäuser gebaut, allerdings im bescheidenen Umfange, und jedes dieser Häuser hat einen Garten. Der Zins beträgt für so ein Haus von 65 m² 20 bis 30 Schilling im Monat. Glauben Sie, dass wir nicht wünschen würden, jeder Wiener Familie, die ohne Wohnung ist, ein Einfamilienhaus zu geben? (GR. Frauenfeld: Ihr gebt alles den Juden! GR. Dr. Riehl: Das ist eine Phrase!) Wir haben ja Tatsachen gesetzt. Obwohl wir hier eine Mehrheit sind, die sich nicht hindern lässt, ihre grosszügigen Gedanken zu verwirklichen, bleiben wir bei dem Möglichen und ebensowenig wie wir uns verleiten lassen, die Wohnungen luxuriöser und grösser auszustatten und wir wir beim Grundsatz geblieben sind, dass wir der Bevölkerung nicht das Maximum, sondern das Minimum an Wohnraum zu bieten haben, ebensowenig werden wir uns dazu verleiten lassen, zum System der Einfamilienhäuser überzugehen, das die Wirtschaft der Stadt zugrunderichten müsste. (GR. Frauenfeld: Ist Sie ja schon!) Auch Sie werden vom hohlen Schlagwort abgehen und in die Dinge eindringen müssen, wenn Sie von uns und von der Bevölkerung ernst genommen werden wollen (Lebhafter Beifall b. d. Mehrh.) GR. Frauenfeld hat, wenn er den Bau von Einfamilienhäusern am Rande der Stadt verlangt, nicht darüber nachgedacht, wie man den Verkehr hinauslenken, wie man das Geld für die Aufschliessung der Gebiete aufbringen soll. Das Schlagwort ist für Sie alles (Lebhafter Beifall b. d. Mehrh.) Dabei befindet sich Herr Frauenfeld im Widerspruch zu dem Volkswirtschaftler seiner Partei, Feder, der erklärt, soweit es sich um die Bekämpfung des Wohnungslands als solches handelt, muss betont werden, dass in der Bereitstellung von Wohnungen das Heilmittel liegt, unbekümmert darum, ob Eigenheim oder Mietwohnung.

GR. Frauenfeld (n. s.): Sie können das Eigenheim auch als Mietwohnung bauen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Wien, am

St. R. Weber : Nein, Feder meint, wie aus der Broschüre hervorgeht, den Wohnhausbau.

Sodann nimmt St. R. Weber zu den Ausführungen des GR. Biber über die Vergebung der 3 Bauten Stellung und erinnert daran, dass er im Ausschuss und Stadtsenat aufmerksam gemacht habe, es werde, wenn das finanziell möglich ist und es die Witterung erlaubt, mit den Bauten sofort begonnen werden. Sowohl im Ausschuss wie im Stadtsenat waren alle damit einverstanden. Als sich die Witterung gebessert und die finanzielle Lage es zugelassen hat, ist sofort mit der Vergebung der Arbeiten vorgegangen worden. Die Vergebung ist nicht an die erste, sondern an die fünfte Firma deshalb erfolgt, weil diese Firma den für die Vergebung von Arbeiten bestehenden Bedingungen entsprochen hat, wonach die betreffende Firma einen Kollektivvertrag haben muss. Sonst lag keinerlei Grund für die Vergebung dieser Arbeit gerade an diese Firma vor. Was die Vergebung der Arbeiten betrifft, ^{vollzieht sie sich} bei keiner öffentlichen Körperschaft so öffentlich und ohne jedes Geheimnis. Was die Gemeinde macht, kann das Licht der Öffentlichkeit sehr wohl vertragen und ist absolut korrekt. (Lebhafte Beifall b. d. Mehrh.).

GR. Hölzl (n. s.) bemerkt, Staat, Land und Gemeinde haben die Pflicht, für Wohnungen zu sorgen. Sie haben auch dafür zu sorgen, dass bei den Wohnhausbauten korrekt vorgegangen wird. Das Vorgehen der Gemeinde Wien gibt zu Bedenken Anlass. Erst werden Beträge eingesetzt, die nicht ausreichen, dann müssen Nachträge genehmigt werden und schliesslich werden die Wohnungen so teuer, dass man sich an den Kopf greifen muss. (GR. Jenschik: In den Gemeindegäusern gibt es Wohnungen zu 6 Schilling monatlich. - Zwischenrufe). Heute wird eine Wohnung im Durchschnitt mit 12.000, 13.000 und 15.000 S. erstellt, aber schliesslich stellen sie sich auf 20.000 S. und darüber. Da könnten schon Einfamilienhäuser gebaut werden. St. R. Weber hat erklärt, dass die Vergebung der Arbeiten öffentlich erfolgt. Es kommen aber Fälle vor, dass Privatfirmen in der Lage sind, ebensogutes und besseres Material zu billigeren Preisen zu liefern, dass dagegen im Wege der beschränkten Offertausschreibung die Vergebung an solche Firmen erfolgt, die zur Gemeinde in einem besonderen Verhältnis stehen. Zum Beispiel liefert die Steinag die Materialien um 20 und mehr Prozent teurer und schliesst komischerweise mit einem grossen Defizit ab. Wir verwahren uns ganz entschieden dagegen, dass die Methode der Zinskassernen als unsere Methode bezeichnet wird. Wir lehnen diese Methode auf das schärfste ab. Ebenso die Behauptung, dass es in der Gemeinde billige Wohnungen gibt. Sie scheinen nicht zu wissen, dass viele Arbeiter, die Mieter der Gemeindegewohnungen sind, nicht wissen, wie sie den Zins aufbringen sollen. Es gebe schon Mittel, um den Verkehr auch auf dem flachen Lande auszubauen und so Siedlungen zu ermöglichen. Das hat Feder gezeigt. Dazu würde auch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht gehören, dieses Problem hier zu erörtern, hiesse allerdings Perlen vor die Säue werfen (Lachen bei der Mehrh.).

SR Kunschak (chr. soz.): St. R. Weber hat das Bedürfnis gehabt, in der ersten Geschäftssitzung des Gemeinderates sich selbst zu loben. Ein altes Sprichwort sagt: Selbstlob stinkt, und es war Selbstlob widerlichster Art, das sich heute St. R. Weber geleistet hat. St. R. Weber war auch sehr freigebig in Verdächtigungen, ja sogar in bewusster Verleumdung der Minorität. Er hat behauptet, es sei uns nur darum zu tun, die Leistungen, die von den Mietern aufgebracht werden müssen, den Hausherrn zukommen zu lassen. Nach all dem, was im Laufe der vielen Jahre von uns in dieser Frage vertreten wurde, nach all unseren Bekenntnissen in den zuständigen Gemeindegremien und in der Öffentlichkeit, worüber St. R. Weber genau informiert sein muss,

300

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIII. Blarr

Wien, am _____

fühle ich mich berechtigt, zu sagen, dass diese Behauptung eine bewusste Verleumdung der Opposition sind (Lebhafter Beifall b.d.Chr.soz.) Das Gleiche gilt auch von der Behauptung, dass uns das Los der Mieter vollständig gleichgültig sei. Auch hierüber weiss St.R.Weber genau Bescheid. Er weiss, wie sehr wir uns bemüht haben, das Interesse der Mieter zu wahren, und dass unsere hundertfältigen Anregungen und unsere Kritik ihren Ausgang genommen haben von dem lobhaften Interesse, das wir an der Lage der Mieter haben.

(Lebhafter Widerspruch b.d.Mehr.- Rufe: Warum haben Sie den Mieterschutz aufgehoben?). Der Mieterschutz ist bei uns nicht aufgehoben. Das arme Oesterreich ist das einzige Land, das sich noch eines relativen Mieterschutzes erfreut.

GR. Jenschik (soz. dem) Dank den Sozialdemokraten!

St.R. Kunschak: Das wäre nicht möglich, wenn nicht die christlich-soziale Partei in den Fragen des Mieterschutzes einen Standpunkt eingenommen hat, der in erster Linie davon ausgegangen ist, dass die Auswirkungen des Mieterschutzes auf volkswirtschaftlichem Gebiet zu suchen sind und dass alle anderen damit verknüpften Interessen, wie das des Hausbesitzers und des Mieters, von sekundärer Bedeutung sind (Lebhafter Beifall b.d.Chr.soz.). Soweit der Mieterschutz in Oesterreich geändert worden ist, erfolgte dies aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft. Ueber diese Rücksichtnahme wurde nicht hinausgegangen. Daher die oft sehr leidenschaftlichen Angriffe, die gerade gegen uns von den Hausbesitzern gerichtet worden sind. (Lebhafter Beifall b.d.Chr.soz.) Sie sprechen so viel über den Mieterschutz und Sie haben in Ihren Gemeindehäusern etwa 60.000 Mieter, für die der Mieterschutz restlos aufgehoben ist.

GR. Jenschik (soz. dem). Sie haben es ja abgelehnt, dass die Gemeindewohnungen unter Mieterschutz stehen sollen.

St.R. Kunschak: Sie haben es jederzeit in der Hand, hier den Mieterschutz für Gemeindewohnungen einzuführen (Lebhafter Beifall b.d.Chr.soz.). St.R.Weber hat auch den Versuch gemacht, uns für die frühere Bauweise in Wien verantwortlich zu machen. Wenn er die Wege der Geradheit und Ehrlichkeit hätte gehen wollen, hätte er diese Behauptung nicht aufstellen dürfen. Es wurde seinerzeit nach einer Bauordnung gebaut, die nicht durch Christlich-soziale eingeführt worden ist.

GR. Dr. Danneberg (soz. dem). Sie haben die Bauordnung 20 Jahre lang nicht geändert.

St.R. Kunschak: Ihre Aenderung ist von der chr.soz. Partei energisch in Angriff genommen worden. Die frühere Gemeindeverwaltung konnte wohl eine Bauordnung grundsätzlich beschliessen, sie konnte ihr aber nicht Gesetzeskraft geben, weil es sich um ein Landesgesetz gehandelt hat.

GR. Dr. Danneberg: Sie haben im n.ö. Landtag die Mehrheit gehabt.

St. R. Kunschak: Sie wiesen sehr genau, dass die Bauordnung damals den Gegenstand der Verhandlung mit dem dritten Faktor, der sogenannten politischen Behörde gebildet hat, und dass seitens des n.ö. Statthalters gegen den Bauordnungsentwurf der Gemeinde Einwendungen zwingender Art erhoben worden sind. Diese grossen Schwierigkeiten konnte auch ein Mann wie Lueger nicht überwinden. Im Jahre 1912 war die neue Bauordnung sehr weit vorgeschritten, doch hat der Ausbruch des Krieges jede Tätigkeit nach dieser Richtung auf Jahre unmöglich gemacht. Auch Sie haben die Bauordnung nicht im Handumdrehen gemacht, obwohl Sie nicht die Hindernisse zu überwinden hatten, die wir hätten überwinden sollen (Zwischenrufe). Ueber diese Tatsachen kommt man nicht hinweg und nur Spatzengehirnen leuchten sie nicht ein. Aber trotz der verrotteten Bauordnung wurde damals und nicht zuletzt

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIV. Blatt

Wien, am.....

über Weisung der christlichsozialen Bürgermeister eine Praxis geübt, die sich an die alte Bauordnung nicht kehrte und versuchte, einer modernen Bauweise Geltung zu verschaffen. Die Häuser, die unter christlichsozialer Herrschaft aufgeführt wurden, stehen hinter Ihren Bauten in gar nichts zurück. Aber auch Sie sind trotz der neuen Bauordnung dort, wo sie im geschlossenen Baugebiet bauen müssen, nicht in der Lage, die Bauordnung zu verwirklichen. Von einem Haus in der Ottakringerstrasse hat St. R. Weber selbst zugeben müssen, dass man die Parterrewohnungen einem Mieter nicht geben kann, weil sie von Luft und Licht abgeschlossen sind. Nur im offenen Baugelände können sie nach den Vorschriften der Bauordnung bauen. Wenn man diese Möglichkeit nicht benützte, wäre man ein Verbrecher. Wir werfen Ihnen ja nicht vor, dass Sie unmodern bauen, aber sehen Sie sich die Mammutbauten mit den sieben Stockwerken an. Was ist so eine Wohnung im 7. Stock für eine Marter für den armen Mann. Wäre nicht Lueger gewesen, wo könnten Sie Wasserleitungen in den Wohnungen einleiten, sie mit Sturz-Klosetts und Badeeinrichtungen versehen. Sie meinen, Sie hätten die Zinsknechtschaft durch Ihre Wohnbautätigkeit gebrochen. Wie man es nimmt. Sie haben eine verhältnismässig geringfügige Wohnbauanleihe. Aber Sie haben an die Stelle der Zinsknechtschaft die Steuerroboter gesetzt (Lachen bei der Mehrheit). Was haben Sie aus der Wirtschaft für die Wohnungsbauten herausgepumpt. Sie haben die Wirtschaft blutarm und knochenweich gemacht. St. R. Weber hat die Zinse in den Familienhäusern als sehr niedrig bezeichnet. Kurz vorher hat der Finanzreferent anlässlich der Stundung einer Schuldung an die Gesiba erklärt, die Stundung sei notwendig, weil diejenigen, die diese Häuser haben, nicht mehr in der Lage sind, die Zinse zu bezahlen. Die Anträge, die heute vorliegen, sind ein Skandal ihrer Amtsführung. Sie haben im Oktober 1931 im Stadtsenat diese Bauten zum Beschluss erhoben.

St. R. Weber: Aber gleich berichtet, dass wir nicht sofort beginnen werden:

St. R. Kunschak: Ich habe Ihnen damals nachgerechnet, dass Sie Ihr Wohnbauprogramm nicht einhalten können, weil die Summen des Budgets rein fiktiv sind und von Rechnungen aus früherer Zeit konsumiert sind. Sie haben dem damals widersprochen, heute sagen Sie selbst, die Bedeckung für die Bauten war nicht gegeben. Wären die Wahlen nicht gekommen, so wäre es auch heute mit dem Bau noch nichts und der Stadtratsbeschluss läge heute noch auf dem Eis. Was ist mit der Bedeckung dieser Beträge. Sie haben sich im April im Wohnungsausschuss für diese Bauten einen Zuschusskredit bewilligen lassen. Warum kommt der Antrag nicht in den Gemeinderat? Das ist eine Irreführung des Gemeinderates schlimmster Art. Wie das möglich ist, ist mir unbekannt. Ich stelle die Tatsache bloss fest und diese Tatsache ist ein dunkler Punkt Ihrer Wohnungspolitik (Lebhafter Beifall b. d. Chr. soz.).

St. R. Weber: Nur keine so starken Worte.

Der Referentenantrag wird angenommen.

302

RATHAUSKORRESPONDENZ

X V. Blatt

Wien, am

St.R. Weber berichtet über den Antrag auf nachträgliche Genehmigung der Wohnhausanlage im XX. Bezirk Engelsplatz mit 3,100.000 Schilling Baukosten. Dort sollen 256 Wohnungen und 1 Jugendhort geschaffen werden. Der Referent beantragt die Genehmigung.

GR. Griesler (n.s.) wendet sich gegen den Antrag und verweist auf die Argumente, die seine Fraktionsgenossen vorgebracht haben. Die Sozialdemokraten erbauen solche Zinsburgen, weil sie genau wissen, dass Arbeiter mit Eigenheim ihr Stück Grund und Boden lieben, und weil sie ferner wissen, dass die deutschen Arbeiter, die solche Heime besitzen, nicht mehr zu Demonstrationen und zum Versammlungssprengen zu haben sind (Lautes Gelächter b.d. Soz. dem.) In den Jugendhorten dieser Zinsburgen werden die Kinder der arischen Familien zum Marxisten herangezogen. (Neuerliches Gelächter b.d. Soz. dem.) Und wer bekomme diese Wohnungen? Juden, die in Privathäusern wohnen, geben diese Wohnungen an eingewanderte Verwandte ab und beziehen dann Gemeindewohnungen. (Lautes Gelächter und zahlreiche Zwischenrufe b.d. Soz. dem.)

Der Bürgermeister ersucht, den Redner nicht zu stören und Zwischenrufe zu unterlassen.

GR. Griessler verweist schliesslich darauf, dass in Schwechat die Sozialdemokraten von eigenen Parteigenossen 24 Prozent Zinsen forderten, sie dürfen sich also nicht erlauben, von einer Brechung der Zinsknechtschaft zu sprechen. Mit solchen Behauptungen verdrehen Sie nur die Tatsachen. (Pfeifrufe bei den N.S.) Schmeissen Sie die polnischen Juden aus den Wohnungen heraus und dann wird es keine Wohnungen mehr geben! Warum haben Sie in Ihren eigenen Häusern den Mieterschutz nicht eingeführt und warum vergeben Sie bei diesem Bau, um den es sich hier handelt, alles an einen einzigen Architekten, während zehn damit beschäftigt werden könnten. Wir lehnen diese Art des Baues ab, weil wir auf dem Standpunkt stehen: dem deutschen Arbeiter sein eigenes Heim.

St.R. Weber bemerkt zunächst, dass die Gerüchte über Nichtzahlung von Mietzinsen in den städt. Häusern unwahr sind. (Widerspruch b.d. Chr. soz.) Wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens dem Rechnungshof. Nach seinem Bericht beträgt der gesamte Zinsrückstand monatlich höchstens 1,8 Prozent. Bezüglich der zweiten Behauptung über Kündigungen in Gemeindehäusern sagt St.R. Weber, dass die Gemeinde in ihren neuen Häusern noch niemandem gekündigt habe, wenn die Bestimmungen des Mietengesetzes dazu nicht eine Handhabe boten. Es wäre nur zu wünschen, dass bei den

Häusern, die mit Bundeswohnbauhilfe errichtet wurden, ein solches Verfahren beobachtet werden würde. Erst heute erhielt ich von Mieter solcher Häuser ein Schreiben, dass sie die Mietzinse von 50, 80 und 150 S. monatlich nicht leisten können und dass der "brutale Hausbesitzer", der mit Steuermitteln gebaut hat, ohne auf Volksgenossen und gute Christen Rücksicht zu nehmen, diese Mieter brutal hinauswirft. Verteilen Sie doch Licht und Schatten gleichmässig. Auf alle Ausführungen des Herrn GR. Griessler kann ich nicht eingehen. Sie sind mir leider zu hoch. (Heiterkeit b.d. Soz. dem.) Pfeifrufe bei den N.S.) Na, wenn Sie behaupten, Herr GR. Griessler, dass Juden gegen besseres Wissen in den Gemeindehäusern untergebracht werden, wenn das ein Arbeiter sagt, da kann ich ihm nicht folgen. (Zustimmung b. d. Soz. dem.) Die Gemeinde Wien hat mit ihren Bauten mehr als 200 Architekten beschäftigt und für sie 10 Millionen Schilling ins Verdienen gebracht. Wir hätten unsere eigenen Architekten, ganz hervorragende Fachleute auf dem Gebiete des gesamten Bauwesens, heranziehen können, wir haben es aber nicht getan, um die Architektenschaft zu schützen. (Beifall b.d. Mehrh.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVI. Blatt

Wien, am

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

St.R. Weber berichtet weiter über den Antrag, für die Rücklage der Hauptmietzinsüberschüsse bei den städtischen Althäusern einen Kredit für 1931 in der Höhe von 120.392 Schilling 87 Groschen zu bewilligen, der in Mehreinnahmen und Minderausgaben seine Bedeckung findet.

GRtin Dr. Motzko (chr. soz.) wünscht Aufschluss über Listen sozialdemokratischer Fachvereine, die ihre Schützlinge der Gemeinde empfohlen haben. Der amtsführende Stadtrat habe selbst diese Liste dem Amt übergeben und sie bildete die Grundlage für Anträge im Ausschuss und in den Körperschaften, wobei Instandsetzungsarbeiten nur an geeichte Sozialdemokraten vergeben worden sind. Rednerin begehrt die offizielle Vorlage dieses Berichtes an den Stadtsenat und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Dann erklärt die Rednerin, es werde viel davon gesprochen, dass in der Gegend der Sandleiten 80 Prozent der Mieter den Zins schuldiggeblieben seien. Als ein höherer Gemeindebeamter entsendet wurde, um Ordnung zu machen, habe er nicht unverrichteter Dinge abziehen müssen, sondern es haben auch die restlichen 20 Prozent der Mieter angeblüch beschlossen, auch nichts zu zahlen. (Hört Hörtrufe b. d. Chr. soz.) Im Robert Blumhof sollen einige Delogierungen vorgekommen sein.

Referent St.R. Weber bezeichnet die Gerüchte über Nichtzahlung der Mietzinse neuerlich als unrichtig. Unter Hinweis auf die eingebrachten 25 Anträge der GRtin Dr. Motzko erklärt St.R. Weber, jeder Gemeinderat könne 50 bis 100 Anträge auf Wohnungszuweisungen bringen, die Wohnungsnot sei oben sehr gross und deshalb baue ja die Gemeinde. Es war eine Frivolität sondergleichen, das Anforderungsgesetz aufzulassen. (Beifall b. d. Spz. dem.) Hätten wir das Anforderungsgesetz, so könnten wir den Halunken, die aus dem Unglück der anderen Goldmünzen, an den Leib gehen. (Lebhaften Beifall b. d. Mehrh.)

Der Referentenantrag wird angenommen. Der Zusatzantrag Dr. Motzko abgelehnt.

GR. Grolig (soz. dem.) berichtet über die Rückvergütung des Reingewinnes der städtischen Bäckerei im Betrag von über S 81.000 an die Gruppe III.

GR. Stöger (chr. soz.) wendet sich dagegen, dass die städtische Bäckerei als ein gutes Geschäft bezeichnet wird. Laut Voranschlag 1931 hat die Gemeinde zuerst 500.000 Schilling in den Betrieb hineingesetzt, um dann 80.000 S als Reingewinn zurückzuerhalten. Das ist eine Spiegelfechtereier. Die 500.000 S würden dem Gewerbestand sehr gut zustatten kommen. Statt dessen macht man dem Gewerbe Konkurrenz und leistet am Gewerbe Totengräberarbeit. Man mache endlich damit Schluss.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Der Bürgermeister erklärt sodann, dass er nunmehr die Dringlichkeitsanträge verlesen lassen werde. Er macht darauf aufmerksam, dass einer der von den Nat. Soz. überreichten dringlichen Anträge nicht zulässig ist, wonach nämlich jemandem wegen irgendeines Vorgehens, das sich ausserhalb des Gemeinderates abgespielt hat, die Missbilligung ausgesprochen werden soll. Der Gemeinderat ist nur berechtigt disziplinarische Gewalt über seine Mitglieder wegen eines Vorgehens zu üben, dessen sie sich in der Gemeinderatsitzung schuldig gemacht haben. Dieser Antrag wird daher nicht zur Verlesung und Abstimmung gebracht werden.

Es wird sodann der dringliche Antrag der Gemeinderäte Dr. Suchenwirth und Genossen, betreffend die Vorfälle bei der Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen acht, dreizehn, achtzehn und zwanzig, verlesen. In dem Antrag wird der Bürgermeister aufgefordert, die notwendigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII. Blatt

Wien, am

Schritte zur Aufklärung des unerhörten Vorgehens der Amtorgane bei diesen Vorfällen einzuleiten, gegen die Schuldtragenden einzuschreiten und über die getroffenen Massnahmen dem Gemeinderat Bericht zu erstatten.

GR. Dr. Suchenwirth (n.s.) bemerkt, es gehe nicht an, dass in der Gemeinde Wien Zustände einreissen, die an einen Balkas taat erinnern. Dass die gewählten Vertreter der Nat. Soz. in den Bezirkevertretungen überfallen worden sind, ist ein Skandal. Wir haben schon in der ersten Sitzung des Gemeinderates dagegen protestiert, dass von der Mehrheit gewisse Individuen auf die Galerie geschickt werden. In noch unangenehmerer Art war das bei der Konstituierung der Bezirksvertretungen der Fall. Es wurde uns mitgeteilt, dass es Galgengesichter waren, die von der Mehrheit mit Eintrittskarten ausgestattet wurden. Wir haben einen Bürgermeister, der sich als ordentlicher Professor der Parlamentsweisheit in der Sitzung gebärdet. Wie sollen an diesem schändlichen Vorfälle in den Bezirksvertretungen eingefügt werden?

Der Bürgermeister muss hier ehebaldigst einschreiten und Wandel schaffen. Unmöglich ist es auch, dass die Teilnehmerkarten zu den Sitzungen der Bezirksvertretungen und des Gemeinderates gewissermassen nach bürgerkriegsstrategischen Gesichtspunkten verteilt werden. (Lebhafter Beifall b.d. N.S.)

Bgm. Seitz rügt den von Dr. Suchenwirth gebrauchten Ausdruck "Galgengesichter" als ungehörig. Wenn die amtlichen Feststellungen ergeben sollten, dass die in der Anfrage geschilderten Vorfälle sich wirklich ereignet haben, werde er selbstverständlich dagegen einschreiten.

Bei der Abstimmung wird die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt.

In einem weiteren dringlichen Antrag wird unter Hinweis darauf, dass sich die Gemeindegewache anlässlich der Konstituierung der Bezirksvertretungen nicht bewahrt hat, der Bürgermeister aufgefordert, die Gemeindegewache sofort aufzulösen.

GR. Dr. Riehl (n.s.) bemerkt, bis zu einem gewissen Zeitpunkt habe die Frage, ob die Gemeinde eine Schutzgewache aufstellen dürfe, zweifelhaft sein können. Die Bevölkerung hat die Gemeindegewache immer als sinnlose Einrichtung empfunden. Seit dem 7. Dezember 1929 warten wir darauf dass endlich Artl 102 Absatz 5 der Bundesverfassung, wonach die Gemeinde eine Gemeindegewache nicht aufstellen darf, zur Tat gemacht werde.

Bgm. Seitz stellt gegenüber dem GR. Dr. Riehl fest, dass bei den Verhandlungen über die Verfassung ausdrücklich davon die Rede war, dass interne Gewachorgane der Gemeinden nicht unter den Begriff der örtlichen Sicherheitsorgane fallen. Die Organe der Gemeindegewache werden auch nur intern verwendet und ihre Kompetenzen gegenüber der Bundespolizei sind ganz genau abgegrenzt.

Die Dringlichkeit wird dem Antrag nicht zuerkannt.

Ein dringlicher Antrag der G. Fr. Frauenfeld und Genossen spricht von der Verwendung von Gemeindegeldern zur Stützung der Arbeiterbank. In dem Antrag wird gesagt, nach einer den Antragstellern zugekommenen Mitteilung habe die Arbeiterbank der gleichfalls sozialdemokratischen Kiba einen grösseren Kredit, man spricht von 5 Millionen Schilling gewährt - dessen Rückzahlung höchst zweifelhaft geworden ist. Die Kiba soll der Arbeiterbank nicht einmal mehr die Zinsen bezahlen können. Die Arbeiterbank bemühe sich, das der Kiba gegebene Geld von der Zentralsparkasse zu erhalten. Der Bürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass unter keinen Umständen Gemeindegelder, auch nicht solche der Zentralsparkasse, zur Stützung der Arbeiterbank oder gar der Kiba verwendet werden. Ferner wird der Bürger-

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVIII. Blatt

meister aufgefordert, Vorsorge zu treffen, dass deutsche Arbeiter nicht um ihre Spareinlagen geprellt werden. Schliesslich wird der Bürgermeister aufgefordert, noch vor Beginn der Ferien dem Gemeinderat über die getroffenen Massnahmen zu berichten.

Bgm. Seitz : Es wäre sehr zu überlegen, ob solche Angriffe auf Kreditinstitute im Gemeinderat zugelassen werden sollen, zumal sie, wenn man sie ernst nähme, von grosser volkswirtschaftlicher Gefahr sein könnten. Ich habe aber gerade, weil die beiden Institute, von denen die Rede ist, eine Kritik durchaus vertragen, den Antrag zugelassen. Die Veranlagung der Gemeindegelder ist ausschliesslich ^{Sache} der Mag. Abt. 4, die unter Aufsicht des Finanzreferenten steht. In welcher Weise die Veranlagung geschieht, wird gelegentlich der Beratung des Rechnungsabschlusses im Finanzausschuss mitgeteilt. Ich stelle ausdrücklich fest, dass seit 1919, obwohl Dutzende Kreditinstitute zusammengebrochen sind, die Gemeinde niemals auch nur einen Schilling verloren hat. Die Veranlagung der Gelder der Zentralsparkasse erfolgt in voller Kenntnis des Vollzugsausschusses, der vom Gemeinderat eingesetzt ist. Auch dieses Institut hat trotz der Vorgänge der letzten Jahren niemals einen Verlust erlitten. Es ist eine Gepflogenheit, dass sich der Gemeinderat nicht direkt, sondern nur im Wege des von ihm gewählten Vollzugsausschusses auf die Geschäftsgebarung der Zentralsparkasse Einfluss nimmt. Es besteht kein Anlass an diesem Zustand eine Aenderung eintreten zu lassen.

GR. Frauenfeld (n.s.) erklärt in der Begründung, seine Fraktion halte es für dringend, dass diese Frage geklärt werde, da es nicht der einzige Fall ist, der sich in und um Wien ereignet habe. Der Gemeinderat müsse sich dringend damit befassen.

Bgm. Seitz bemerkt, es sei unzulässig, wenn der Gebrauch einreissen würde, dass jedes Mitglied des Gemeinderates ein Geschäftsunternehmen und dessen Bonität in die Diskussion ziehen könnte. Nach den Erfahrungen die man jetzt gemacht habe, werde der Bürgermeister künftighin noch genauer die Prüfung solcher Anträge vornehmen und sie nicht mehr gestatten.

GR. Dr. Riehl (s.n.) Hier handelt es sich nicht um die Kiba, sondern um die Zentralsparkasse.

Bgm. Seitz: Das ist noch weniger zulässig, aber es war hier die Rede von einer Gesellschaft.

Bei der Abstimmung wird die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt. In weiteren zwei Dringlichkeitsanträgen der nationalsozialistischen GR. Rotter und Genossen sowie Dr. Riehl und Genossen wird auf die Vorgänge in Hötting bei Innsbruck verwiesen und gesagt, dass dort "ein 64-jähriger Arbeiter von verhetztem Gesindel in viehischer Weise ermordert worden sei". Der Gemeinderat möge beschliessen, dass sich die G.R. zum Zeichen der Trauer über die sinnlose Hinschlachtung eines Volksgenossen von den Sitzen erheben

Die Verlesung der beiden kurzen Dringlichkeitsanträge wird von den Mehrheit mit stürmischen Zurufen begleitet.

GR. Thalner (soz. dem.) ruft: Und was ist mit Liesing?

GR. Jenschik (soz. dem.): Und mit dem Mord an Müller?

Im zweiten Antrag wird gefordert, der Gemeinderat möge den Hinterbliebenen des Opfers von Hötting eine einmalige Zuwendung von 1000 S bewilligen.

Zur Begründung erhebt sich GR. Frauenfeld und sagt: Wir haben vor wenigen Tagen in Hötting einen traurigen Fall erlebt hervorgerufen durch politische Verhetzung, die in die Bevölkerung hineingetragen wurde.

Stürmische Zufufe der Mehrheit: Sie haben diese Verhetzung in die

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIX. Blatt

Massen hineingetragen. Ihr habt unsere Leute erschlagen!

Im Saal entsteht grosser Lärm. Sozialdemokratische Gemeinderäte springen von den Sitzen auf und rufen den Nationalsozialisten zu: Mord, Mördergesindel, Mörderbanditen! Denkt an Liesing! GR. Wagner (soz. dem.) schwingt in der rechten Hand eine mit einem grossen Hakenkreuz versehene Broschüre und ruft ununterbrochen: Da ist der Beweis! Ihr seid Gewalttäter! Andere Sozialdemokratische Gemeinderäte stimmen in diesen Ruf und rufen unausgesetzt Mördergesindel, Mordbanditen! Von den nat. soz. Bänken wird mit ähnlichen Rufen geantwortet. GR. Frauenfeld kann sich in dem grossen Lärm nur schwer verständlich machen. Man hört, wie er sagt: Es scheint daher dringend geboten, und gerade die jetzigen Szenen haben es gezeigt, klar und deutlich festzustellen, wer sich mit diesen Mördern identifiziert.....

Daraufhin springen viele Mitglieder der Mehrheit auf und überschütten die Nationalsozialisten mit leidenschaftlichen Zurufen: Streikbrecher! Mit Streikbrechern identifiziert Ihr Euch! Einige Nat. Soz. rufen: Kusch Jud! Schwindler! Juda verrecke!

GR. Frauenfeld: Wir haben niemals Zweifel darüber aufkommen lassen, dass wir jeden derartigen Vorfall auf das schwerste verurteilen und bedauern und stellen auch fest, dass unsere Leute überfallen worden sind.

Gegenrufe bei der Mehrheit: Und was war denn in Liesing?

GR. Rotter (n.s.) Ihr seid Banditen und Arbeitermörder!

GR. Frauenfeld: Wir wollen durch die ^{dringliche} Behandlung unseres Antrages feststellen lassen, ob sich jemand findet, der die Mordtat deckt.

Anhaltender grosser Lärm. Zwischenrufe schwirren durch den Saal.

Mitten in dem Trubel erhebt sich ganze natsoz.

Fraktion, hebt die rechte Hand hoch und singt ein Lied. (Tosende Pfuirufe bei der Mehrheit.)

Bgm. Seitz: Es ist unwürdig und ein Skandal! Wegen Ihres unqualifizierbaren Benehmens rufe ich Sie alle zur Ordnung!

Der Lärm hält an. Nationalsozialistische Gemeinderäte rufen dem Bürgermeister zu: Wir lassen uns nicht schulmeistern!

Bgm. Seitz: Wenn der Vorsitzende redet, so haben Sie zu schweigen. Ich werde diese Komödie, dass Gemeinderäte hier aufstehen und Lieder singen, absolut nicht dulden. Wenn Sie Lieder singen wollen, gehen Sie ins Wirtshaus!

GR. Frauenfeld: Ich verwahre mich gegen den Ausdruck Komödie!

Bgm. Seitz: Ich kann es nur für absolut unzulässig erklären, dass die Verhandlungen durch Gesang gestört werden.

GR. Dr. Suchenwirth (n.s.) Das war unsere Trauerkundgebung für die Opfer von Hötting:

GR. Frauenfeld: Wir lassen uns nicht terrorisieren. Das ist Ihr Parlamentarismus.

Bgm. Seitz: Ich kann nur erklären, dass es hier kein Mitglied gibt, dass nicht diese Entartungen des öffentlichen Lebens und insbesondere solche Fälle wie die letzten auf das tiefste beklagen und bedauern würde, dass das öffentliche Leben in Oesterreich ^{das} immer ein friedliches war, durch solche Vorfälle aufgepeitscht werde. (Widerspruch bei den Nat. soz.) Anhaltender Lärm. Es muss dem Vorsitzenden überlassen bleiben, in welchem Rahmen Trauerkundgebungen des Gemeinderates zu veranstalten sind. Wir haben solche Trauerkundgebungen bisher auf Vorfälle beschränkt, die sich innerhalb der Gemeinde ereignet haben. Diese Grenzen werde ich nicht durchbrechen lassen. Das sagt aber gar nicht, dass nicht jedermann solche Vorfälle bedauert insbesondere wenn Menschenleben dabei zugrundegehen. Den Anträgen wird die Dringlichkeit nicht zugestimmt und Bgm. Seitz schliesst um 23 Uhr die Sitzung.